

Chinas unbequemer Linker

Ein Gespräch mit dem kritischen Intellektuellen Wang Hui

Vor Wang Hui ist niemand sicher. Chinas Führung kritisiert er wegen der kritiklosen Übernahme fremder Modelle, den Westen wegen Überheblichkeit.

Matthias Daum

Wang Hui kommt von einem Bummel durch die Zürcher Altstadt. «Die Gassen gefallen mir.» Es erinnere ihn an sein Zuhause, das alte Peking, von dem nur noch Reste bestehen. Heute dominieren in Chinas Hauptstadt breite Autobahn-Boulevards und gigantische Wohnmaschinen. «Ich werde der Stadt immer fremder.» Wang Hui, kariertes Hemd und Flanellanzug, setzt sich an den Bistrotisch und bestellt Kaffee. Am Abend wird der Literaturhistoriker an der hiesigen Uni über Lu Xun sprechen, den bedeutendsten Schriftsteller der chinesischen Moderne. Über ihn hat der 51-Jährige einst doktriniert. Und Lu Xuns Grundskepsis prägte ihn.

Doch jetzt geht es um die chinesische Gegenwart. Um Politik. Dafür ist Wang Hui, der an der renommierten Pekinger Tsinghua-Universität lehrt, einer der spannendsten Gesprächspartner. Nicht umsonst zählte ihn die amerikanische Zeitschrift «Foreign Policy» 2007 zu den 100 wichtigsten Denkern der Welt. 1997 veröffentlichte er den bahnbrechenden Aufsatz «Contemporary Chinese Thought and the Question of Modernity». Darin fragte Wang: Was passiert mit den 800 Millionen chinesischen Bauern, wenn ihr Land privatisiert und ihre Höfe von Grossbetrieben übernommen werden? Was geschieht mit dem Millionenheer der Fabrikarbeiter, wenn ihre staatlichen Arbeitsstätten privatisiert werden? Der Geisteswissenschaftler warnte vor einer kritiklosen Übernahme westlichen Denkens. Neue Theorien und Systeme seien für China gefragt. Damit stellte er sich gegen den marktliberalen Zeitgeist in der kommunistischen Partei. Und er wurde zum Vordenker der «Neuen Linken», ob schon er sich nicht gerne zuordnen lässt.

Ein kämpferischer Geist

Seine Gegner beschimpften ihn als Neo-Maoisten. Jüngst versuchte man, seinen Ruf mit einem inszenierten Plagiat-Skandal zu ruinieren. Doch Wangs Ideen fanden Gehör, und dies an höchster Stelle. 2002/2003 übernahmen Präsident Hu Jintao und der Regierungschef Wen Jiabao in Peking das Ruder. Ihre Idee von der «harmonischen Gesellschaft» ist stark geprägt vom Gedankengut der «Neuen Linken». Umwelt-

fragen oder sozialer Ausgleich standen plötzlich auf der politischen Agenda.

Wang selber war nie Parteimitglied. Nach den Studentenunruhen von 1989 verschickte man ihn aufs Land. Er galt als Unruhestifter. Und im Jahre 2007 kostete ihn der internationale Ruhm seinen Job als Herausgeber der Literaturzeitschrift «Dushu». Er wurde der KP zu unbequem.

Denn Wang Hui ist kein Sofa-Intellektueller. Er mischt sich ein, auch an der Basis. Etwa in seiner Heimatstadt Yangzhou, wo er sich für die Arbeiter starkmachte, deren Fabrik geschlossen werden sollte. Oder im Südwesten Chinas, wo er zurzeit gegen Staudammprojekte kämpft. Dort zeige sich, wie komplex die politische Situation in China sei und wie verkürzt diese der Westen wahrnehme, sagt er. In Peking, in der Provinzhauptstadt, im Bezirksort oder im Dorf: Überall verfolge man andere Ziele und mit ständig wechselnden Koalitionen.

Kein zweites Russland

China und der Westen – diese wechselhafte Beziehung ist Wangs Lieblingsthema und zugleich Hort ständiger persönlicher Enttäuschungen. Denn er fühlt sich von seinen intellektuellen Kollegen bevormundet. Jürgen Habermas, Jacques Derrida, Peter Sloterdijk – sie alle haben ihn in Peking besucht. «Aber wenn sie nach China kommen, vergessen sie ihre kritische Einstellung gegenüber ihrem eigenen politischen System», sagt Wang. Dabei seien auch die westlichen Demokratien nicht perfekt. Es gebe keine Positionen, keine Werte mehr. «Es herrscht politische Indifferenz. Alle wollen allen gefallen», beklagt Wang. Dabei, und das betreffe auch die chinesische KP, «geht China da mit einem weltweiten Trend». Man sei von einer Überpolitisierung während der Kulturrevolution in eine Entpolitisierung gekippt.

Trotzdem wird man stutzig. Ob er ernsthaft behauptete, das autoritäre chinesische Politsystem sei einer westlichen Demokratie ebenbürtig? Wang Hui verneint. Auch er sei für Mitbestimmung, Meinungsfreiheit, die Einhaltung der Menschenrechte, einen funktionierenden Rechtsstaat und freie Wahlen. Aber ein neues, fremdes System top-down zu implementieren, sei Unsinn. «Jedes politische System braucht eine politische Kultur, auf deren Grundlage es gedeihen kann», meint er. Demokratie dürfe kein leerer Slogan sein. Wang verweist auf Russland. «Das System Putin ist nicht die Demokratie, die wir meinten.» Deshalb müsse man sich fragen: «Wer profitiert vom Wandel?» Für

Wang wären das bei einem radikalen Umbruch in China die Reichen. Macht würde endgültig käuflich.

Anknüpfen an die Tradition

Doch eine politische Kultur zu etablieren, ist harte Knochenarbeit an der Basis. «Arbeiter und Bauern müssen eine Stimme erhalten», fordert Wang. Dafür müsse man einen öffentlichen Diskurs schaffen. Doch entgegen der landläufigen Meinung habe dieser in China eine Geschichte, führt er in seinem Hauptwerk «Die Entstehung des modernen chinesischen Denkens» (2004) aus. Landreformen, Demokratiebewegungen – das alles gab es in China vor dem 20. Jahrhundert. «Aber das haben auch meine Landsleute vergessen. Wir knüpfen bei unserem Denken viel zu wenig an die chinesische Tradition an.»